

Jutta Allmendinger (Hrsg.)

Gute Gesellschaft?

Verhandlungen des 30. Kongresses
der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie in Köln 2000

Teil A

Leske + Budrich, Opladen 2001

- Taylor, Charles (1985), Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/M. 1992.
- Taylor, Charles (1989), Sources of the Self. The making of the modern identity. Cambridge.
- Walzer, Michael (1983), Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt/M. 1994.
- Weber, Max (1904), Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders. (1922): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1988: S. 146- 214.

Eine gute Gesellschaft durch eine gute Öffentlichkeit?

Vier Modellvorstellungen und einige empirische Unterschiede zwischen Deutschland und den USA¹

Jürgen Gerhards

Soll die zukünftige Gesellschaft der Bundesrepublik aus einer ökologisch reformierten Industriegesellschaft ohne Atomkraftwerke, aber mit einer hohen Mineralölbesteuerung bestehen? Soll sie außenpolitisch u.a. dadurch gekennzeichnet sein, dass sie sich an Kriegseinsätzen beteiligt, wenn diese der Durchsetzung der Menschenrechte dienen und mit einem Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ausgestattet sind? Soll sie den Zugang zu ihrem Territorium und zur Staatsbürgerschaft erleichtern und sich selbst als multikulturelle Gesellschaft begreifen? Soll die Familie weiterhin besonderen Schutz genießen oder sind andere heterosexuelle und homosexuelle Partnerschaften gleichwertig und auch gesetzlich gleich zu behandeln? Sollen Abtreibungen legale und legitime Mittel der Geburtenplanung sein oder handelt es sich dabei um ein Tötungsdelikt? All dies sind normative Fragen einer guten Gesellschaft, über die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren gestritten wurde. Unterschiedliche Vorstellungen einer guten Gesellschaft sind also auch weiterhin auf der Tagesordnung der Gesellschaft. Wie verhält es sich aber mit der Wissenschaft dieser Gesellschaft: der Soziologie und vor allem mit soziologischen Theorien?

Die soziologische Diskussion der Bundesrepublik hat sich nach meinem Eindruck seit den großen Grundsatzkontroversen des Positivismusstreits und der Habermas-Luhmann-Debatte kommentarlos und leise, aber stetig von der Beschäftigung mit der Frage nach einer guten Gesellschaft zurückgezogen (Schmidt 1998). Sie folgt der Weberschen Vorstellung einer Wertfreiheit der Wissenschaft, die normative Fragen

aus dem Aufmerksamkeitsfokus von Wissenschaft exkommuniziert und das verstehende Beschreiben und Erklären von sozialen Sachverhalten als alleiniges Ziel von Wissenschaft definiert hat. Es mag mehrere Gründe für diese aus meiner Perspektive gut legitimierte normative Abstinenz der soziologischen Theoriebildung geben. Einer der Gründe könnte darin bestehen, dass die Orte, in denen über eine gute Gesellschaft in der Gesellschaft diskutiert und dann auch entschieden wird, nicht zu den zentralen Gegenstandsbereichen der Soziologie gehören: Es sind dies die politische Öffentlichkeit einerseits und das politische Entscheidungssystem andererseits. In der politischen Öffentlichkeit werden die Entwürfe über den Weg einer Gesellschaft diskutiert und im politischen Entscheidungssystem werden diese Entwürfe in Form von Gesetzesbeschlüssen umgesetzt und damit für alle Bürger kollektiv verbindlich gemacht. Beide Bereiche spielen in der Soziologie im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen eine eher marginale Rolle; sie werden vor allem von der Nachbar-disziplin der Politikwissenschaft analysiert.

Denn auffallend ist folgender Tatbestand: Die Frage nach einer guten Gesellschaft ist in der Politikwissenschaft und vor allem in der Demokratietheorie dauerhaft Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen gewesen und hat mit der Konjunktur kommunitaristischer Überlegungen sogar einen starken Aufschwung erfahren. Will man also etwas über Theorien einer guten Gesellschaft erfahren, und diese stehen allein im Folgenden im Fokus des Erkenntnisinteresses, dann ist es ratsam, sich den Theorien zuzuwenden, die sich mit den gesellschaftlichen Bereichen beschäftigen, in denen über eine gute Gesellschaft diskutiert und entschieden wird; und dies sind die Politikwissenschaft und speziell die Demokratietheorie.

Ich möchte Sie einladen, mir ein Stückweit bei der Suche nach den verloren gegangenen soziologischen Theorien der guten Gesellschaft in das Terrain politikwissenschaftlicher und demokratietheoretischer Debatten zu folgen. Macht man sich auf diesen Weg, wird man allerdings schnell Folgendes feststellen. Auch hier sind die an der Diskussion beteiligten Autoren abgeklärt zurückhaltend in einer substanziellen Bestimmung dessen, was eine gute Gesellschaft sein soll. Antworten auf die eingangs gestellten Fragen nach einer guten Gesellschaft wird man auch dort kaum finden. Die Frage nach einer guten Gesellschaft wird statt dessen ersetzt durch die Angabe von guten Verfahren, die sicherstellen sollen, dass die Bürger die Gesellschaft ‚herstellen‘

können, die sie als eine gute interpretieren, ohne festzulegen, worin das Gute im Sinne des inhaltlich Gewünschten eigentlich besteht. Und einer der wichtigsten Orte der Selbstverständigung der Bürger über eine gute Gesellschaft wird dabei in der politischen Öffentlichkeit gesehen. Die Frage nach einer guten Gesellschaft wird damit verlagert auf die Frage, wie eine Öffentlichkeit beschaffen sein soll und nach welchen Kriterien öffentliche Debatten erfolgen sollen, damit die Bedingungen der Möglichkeit einer guten Gesellschaft gegeben sind.

Es würde sich nun aber nicht um sozialwissenschaftliche Theorien handeln, wenn es einen Konsens im Hinblick auf die Frage nach einer guten Öffentlichkeit gäbe. Die verschiedenen Theorien der Öffentlichkeit legen recht verschiedene normative Verfahrenskriterien fest, die erfüllt sein sollen, damit eine Gesellschaft ein gutes Leitbild von sich selbst entwerfen kann. Das erste Ziel der folgenden Ausführungen besteht darin, die unterschiedlichen Vorstellungen einer guten Öffentlichkeit zu systematisieren, indem vier verschiedene Theorien im Hinblick auf ein Kriterienkatalog miteinander verglichen werden.² Im zweiten Teil der Ausführungen soll die Systematik der vier Öffentlichkeitsmodelle für eine empirische Analyse nutzbar gemacht werden. Am Beispiel der öffentlichen Debatte über Abtreibungen in Deutschland und den USA soll gezeigt werden, dass die Öffentlichkeit der Bundesrepublik anderen Kriterien folgt als die der USA. Beide Gesellschaften unterscheiden sich im Hinblick auf die Realisierung unterschiedlicher Merkmale einer guten Öffentlichkeit und entwerfen damit auch ein unterschiedliches Bild einer guten Gesellschaft.

1. Vier normative Vorstellungen einer guten Öffentlichkeit

Demokratische Gesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass die Bestimmung ihrer Ziele und Strukturen an die Willensbildung der Bürger gebunden ist. Insofern sind demokratische Gesellschaften im Sinne Karl Poppers inhaltlich *offene Gesellschaften*; die Willensbildungsprozesse der Bürger entscheiden darüber, was eine gute Gesellschaft ist bzw. von den Bürgern als Souverän als solche definiert wird. Einer der wichtigsten Orte der Selbstverständigung der Bürger über die Ziele, die erreicht, die Strukturen, die institutionalisiert und die Werte, die Legitimität genießen sollen, ist der der Öffentlichkeit. Öffentlich-

keit ist eine Arena, in der die Bürger und ihre Vertreter Vorschläge machen und Positionen vertreten und ihre Interpretationen über den Kurs einer Gesellschaft durchsetzen wollen. Alle im Folgenden vorgestellten Theorien gehen davon aus, dass Öffentlichkeit zu den elementaren institutionellen Ausstattungen von Demokratien gehört.

Um die Unterschiede zwischen den verschiedenen Öffentlichkeits-theorien herauszuarbeiten, bedarf eines Kriterienkatalogs, der dann auch empirische Analysen anleiten kann. Die vier Theorien werden entlang folgender Kriterien miteinander verglichen:

1. Wer soll überhaupt als Sprecher in der öffentlichen Debatte zu Wort kommen und welches Gewicht sollen die jeweiligen Sprecher im Verhältnis zu anderen Sprechern haben?
2. Wie sollen die Sprecher miteinander kommunizieren und welche Inhalte sind erlaubt bzw. nicht erlaubt?
3. Welche Erwartungen werden an den Verlauf und das Resultat öffentlicher Debatten formuliert? Die vier Öffentlichkeitsmodelle unterscheiden sich bezüglich der jeweils präferierten Vorstellung im Hinblick auf die drei formulierten Kriterien. Die Unterschiede, die im Folgenden genauer erläutert werden, sind in Schaubild 1 zusammengefasst.

1.1 Repräsentativ-liberales Modell

Die Wurzeln des repräsentativ-liberalen Modells von Öffentlichkeit gehen auf die Arbeiten von John Locke, John Stuart Mill (1861), Joseph Schumpeter (1942) und Anthony Downs (1957) zurück; sie sind durch neuere Überlegungen von Bruce Ackerman (1989) weitergeführt worden, die dieser in Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas entwickelt hat. Das repräsentativ-liberale Kernmodell geht von folgenden Prämissen aus: Den Souverän in Demokratien bilden alle Staatsbürger einer Gesellschaft. Diese wählen durch periodisch stattfindende Wahlen Repräsentanten aus, die bis zur nächsten Wahl Herrschaftspositionen einnehmen und berechtigt sind, im Rahmen der Verfassung kollektiv verbindliche Entscheidungen zu verabschieden und durchzusetzen. Damit die Bürger überhaupt eine Wahlentscheidung treffen und beim nächsten Mal revidieren können, müssen sie die Möglichkeit haben, sich über die Repräsentanten und deren Konkurrenten hinreichend zu informieren. Die Möglichkeit, sich hinreichend zu infor-

mieren, wird von Robert Dahl (1989: 111f.) als eines der Kriterien eines demokratischen Prozesses genannt und als „enlightened understanding“ bezeichnet. Genau diese Funktion der Informationsvermittlung kommt innerhalb des repräsentativ-liberalen Modells einer politischen Öffentlichkeit zu.

Die öffentliche Kommunikation soll dabei bestimmt werden von verschiedenen kollektiven Akteuren, vor allem aber von den gewählten Repräsentanten, die vor den Augen der Bürger ihre politischen Deutungen und Positionen formulieren. Die meisten repräsentativ-liberalen Konzepte von Demokratie und Öffentlichkeit sind skeptisch gegenüber einer direkten Beteiligung der Bürger am Entscheidungs- und Kommunikationsprozess. Die Meinungen und Bedürfnisse der Bürger werden als unkalkulierbar, zum Teil als irrational und das politisch mögliche überfordernd interpretiert (Schumpeter 1993: 416).

Schaubild 1: Vier normative Theorien von Öffentlichkeit

	Repräsentativ-liberale Theorie	Partizipatorisch-liberale Theorie	Diskursive Theorie	Konstruktivistische Theorie
Wer	Kollektive Akteure, gewählte Vertreter Proportionalität	Bürger und bürgernahe Akteure	Bürger und Akteure der Zivilgesellschaft	Betroffene Bürger, und bürgernahe Akteure
Was und Wie	Offenheit für alle Inhalte, aber Ausschluss von systemgefährdenden Inhalten Wechselseitiger Respekt	Ablehnung aller Beschränkungen im Hinblick auf Inhalte und Form	Gebrauch von Argumenten Dialogische Orientierung	Erzählungen von Betroffenen Kritik rationalistischer Diskurse
Verlauf und Ergebnis	Schließung der Debatte durch Mehrheitsbeschluss. Danach: Kommunikative Selbstbeschränkung	Dauerhafte Offenheit der Debatte, auch nach Beschlüssen	Deliberation, dann konsensuelle Annäherung, dann Schließung der Debatte durch Beschluss	Dauerhafte Offenheit der Debatte, Kritik an einem vermeintlichen Konsens

Repräsentativ-liberale Vorstellungen von Öffentlichkeit favorisieren also im Hinblick auf die Frage ‚Wer soll in der Öffentlichkeit repräsentiert sein?‘ die Idee einer *Partizipation kollektiver, vor allem gewählter Akteure*. In welcher Stärke sollen diese zu Wort kommen? Da der letzte und entscheidende Bezugspunkt der in der Wahl zum Ausdruck kommende Wille der Bürger ist, gilt zumindest im Hinblick auf die gewählten Vertreter eine ungefähre *Proportionalität* als das normative Maß der Repräsentanz der Akteure: Akteure, die viele Wählerstimmen auf sich vereinigt haben, sollen eine höhere Repräsentanz erfahren als Akteure, die nur wenige Bürger repräsentieren.

Repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsmodelle gehen bezüglich der *Inhalte*, die öffentlich zu Wort kommen sollen, von der Vorstellung eines Markts der Ideen aus. Alle Meinungen und Positionen müssen eine Öffentlichkeitschance erhalten, Öffentlichkeit soll offen im Hinblick auf alle Positionen sein. Restriktionen im Hinblick auf mögliche Inhalte sind nicht legitimiert. Allerdings gibt es Ausnahmen von dieser Norm: ausgenommen sind die Inhalte, die die Grundlagen einer demokratischen Ordnung selbst tangieren. So ist z.B. im § 90 des Strafgesetzbuchs der Bundesrepublik die Verunglimpfung der Staatsorgane der Bundesrepublik, ihrer Flagge, Hymne oder ihres Wappens unter Strafe gestellt.

Im Hinblick auf das „Wie“ der Kommunikation gilt ebenfalls ein eingeschränktes Gebot der Offenheit. Ob Akteure mit oder ohne Argumente, mit oder ohne Bezug auf die anderen Sprecher oder auf einem hohen oder geringen Rationalitätsniveau diskutieren, bleibt den jeweiligen Akteuren selbst überlassen. Es gibt kein Kriterium, das jenseits der Präferenzen der Privatbürger gelagert ist und einen bestimmten Kommunikationsstil als den besseren legitimieren könnte. Wichtig ist allein, dass die verschiedenen Positionen und Deutungen eine Marktchance erhalten und somit von den anderen Akteuren und den Bürgern beobachtbar werden. Gerade weil es aber kein Kriterium gibt, das die unterschiedlichen Meinungen der Privatbürger transzendiert und das die Position des einen als normativ wertvoller als die des anderen Kommunikationspartners klassifizierbar macht, gilt das Gebot, dass die Akteure sich mit ihren jeweils anderen Positionen respektieren müssen. Insofern formuliert Bruce Ackerman für das Diskursverhalten der Akteure das Gebot des wechselseitigen Respekts: „(...) citizens of a liberal state must learn to talk to one another in a way that enables

each of them to avoid condemning their own personal morality as evil or false“ (Ackerman 1989: 12).

Welche Normen formulieren repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsvorstellungen im Hinblick auf den *Verlauf und die Ergebnisse* öffentlicher Kommunikationen? Ackerman geht davon aus, dass unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft unterschiedliche Vorstellungen im Hinblick auf eine gute Gesellschaft haben können und in aller Regel auch haben werden; er geht weiterhin davon aus, dass es keinen Bezugspunkt gibt, von dem aus ein Konsens zwischen den unterschiedlichen Positionen der autonomen Privatbürger im Hinblick auf diese Grundsatzfragen erreicht oder bestimmt werden kann. Qualitätskriterien zur Beurteilung der öffentlichen Äußerungen werden abgelehnt, weil sie eine Instanz der Beurteilung unterstellen müssen, die jenseits der Individuen angesiedelt ist. Sind die Unterschiede in Grundsatzfragen öffentlich transparent geworden, ist das Ziel von Öffentlichkeit erreicht. Es ist dann die Aufgabe der gewählten Vertreter, Entscheidungen herzustellen. Öffentliche Debatten sollen durch den Mehrheitsbeschluss der legitimierten Gremien beendet werden. Schließung der Debatte durch Entscheidungen ist die normative Erwartung im Hinblick auf das Ergebnis öffentlicher Debatten. Ackerman (1989: 16ff.) verbindet diese Schlussfolgerung mit dem normativen Gebot einer kommunikativen Selbstbeschränkung („conversational restraint“). Akteure sollen in ihren kommunikativen Beiträgen die Grundsatzfragen, die sich vorher als nicht konsensfähig herausgestellt haben, aus der Folgekommunikation ausschließen.

Fazit: Eine gute Öffentlichkeit besteht aus Kommunikationen gewählter Repräsentanten der Bürger, die miteinander um die Zustimmung der Bürger konkurrieren, indem sie unterschiedliche Entwürfe einer guten Gesellschaft offerieren, und sich zugleich wechselseitig mit Respekt behandeln. Die Funktion von Öffentlichkeit besteht in der Erzeugung von Transparenz unterschiedlicher Positionen, bei Ausschluss von systemgefährdenden Positionen; ist diese Transparenz hergestellt, können die gewählten Vertreter über Mehrheitsentscheide die Richtung der Gesellschaft festlegen. Danach soll die öffentliche Debatte verstummen.

1.2 Partizipatorisch-liberales Modell

Partizipatorische Vorstellungen von Öffentlichkeit gehen auf demokratiethoretische Vorstellungen von Jean-Jaques Rousseau (1796) zurück; sie werden heute von Paul Hirst (1994) mit seiner Idee einer „Associative Democracy“ und von Benjamin Barber (1984; 1995; 1996) mit seinem Konzept einer „Strong Democracy“ vertreten. Grundlegend für diese, hier unter dem Etikett einer partizipatorisch-liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit zusammengefassten Modelle von Öffentlichkeit ist die Idee einer möglichst direkten Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Debatten. Da eine unmittelbare Beteiligung der Bürger an öffentlichen Debatten unter Bedingungen moderner Flächenstaaten aber nur begrenzt möglich ist, bedarf es einer Repräsentation der Bürgermeinungen durch kollektive Akteure. Diese sollen aber unmittelbar an den Willen der Bürger gekoppelt bleiben, damit die Repräsentanten sich nicht von den Repräsentierten abkoppeln. Strukturvoraussetzungen dafür sind schwach ausgebildete Hierarchien, eine aktivierte Mitgliedschaft und eine dauerhafte Rückkopplung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Entsprechend formulieren partizipatorisch-liberale Vorstellungen im Hinblick auf die Frage, *wer* an öffentlichen Debatten beteiligt sein soll, eine Präferenz für individuelle Sprecher einerseits und kollektive Akteure mit möglichst bürgernahen Organisationsformen, die sie in sozialen Bewegungen und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft sehen. Sie kritisieren gerade die Übermacht staatlicher und semistaatlicher Akteure in der Bestimmung der öffentlichen Meinungsbildung.

Von einer unmittelbaren Inklusion der Bürger erhofft man sich aber nicht nur eine bessere Repräsentanz des ‚Demos‘, sondern auch eine Mobilisierung der Bürger zu aktiven Staatsbürgern: Über die Inklusion der Bürger in die öffentliche Debatte werden diese selbst erst zu politischen Bürgern, werden von Privatbürgern zu Staatsbürgern und lernen, ihre Interessen zu erkennen und zu formulieren. Staatsbürger ist man nicht, sondern wird es durch den öffentlichen Kommunikationsprozess.

Im Hinblick auf das „Was“ und das „Wie“ der Kommunikation ist der legitime Möglichkeitshorizont partizipatorisch-liberaler Vorstellungen weiter gesteckt als der des repräsentativ-liberalen Modells. Alle Inhalte und Interpretationen sind zugelassen, und auch im Hinblick auf den Stil der Debatte ist ein Mangel an die Nichteinhaltung von

wechselseitigem Respekt kein legitimes Ausschlusskriterium. Polemik und emotional geladene Sprache haben einen berechtigten Platz innerhalb der öffentlichen Debatte. Das für das repräsentativ-liberale Modell konstitutive Merkmal des wechselseitigen Respekts wird eher als mobilisierungshemmend interpretiert und entsprechend abgelehnt. Öffentliche Sprache soll so beschaffen sein, dass sie die Bürger dazu motiviert und mobilisiert, sich an der Debatte zu beteiligen.

Ähnlich kritisch wird von partizipatorischer Seite die Vorstellung einer kommunikativen Selbstbeschränkung und des Abschlusses öffentlicher Debatten durch Mehrheitsbeschluss betrachtet. Auch nach Beschlüssen ist die öffentliche Debatte über den eingeschlagenen Weg erlaubt; Minderheitenvoten sollen weiterhin öffentlich präsent sein und für veränderte Mehrheiten mobilisieren können.

Bilanzieren wir auch hier die Modellvorstellungen: Eine gute Öffentlichkeit besteht aus einer mobilisierten Bürgerschaft bzw. bürgernahen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, aus einer Vielzahl an Themen und Kommunikationsstilen inklusive emotional geladener, mobilisierender Sprechakte und ist im Kern auch nach politischen Beschlüssen offen gegenüber Minderheitsvorstellungen und einer dauerhaften Artikulation von Gegenentwürfen zur herrschenden öffentlichen Meinung. Die gute Gesellschaft wird durch bürgernahe Organisationsformen im öffentlichen Kommunikationsprozess dauerhaft neu entworfen. Gerade mit der Entwicklung des Internets erhoffen sich partizipatorisch-liberale Theoretiker wie Benjamin Barber (1996) ihre Vorstellungen von Öffentlichkeit besser realisieren zu können.

1.3 Diskursives Modell

Die Trennlinie zwischen partizipatorisch-liberalen Vorstellungen und dem diskursiven Modell ist nicht immer einfach zu ziehen. Dies gilt vor allem bezüglich der Frage, *wer* an der öffentlichen Debatte partizipieren soll. Jürgen Habermas, neben Joshua Cohen, Amy Gutmann und Dennis Thompson der wohl international einflussreichste Vertreter einer diskursiven Öffentlichkeit, unterscheidet eine vermachtete Öffentlichkeit von einer autochthonen Öffentlichkeit (1992). Eine autochthone Öffentlichkeit, die als solche die normativ bevorzugte Öffentlichkeit ist, wird bestimmt von den Akteuren, die Habermas der Zivilgesellschaft zurechnet bzw. von den Bürgern selbst (vgl. Peters 1998). Eine vermachtete Öffentlichkeit wird hingegen beherrscht von

den Akteuren des Zentrums der Politik, der Legislative, Exekutive und den Parteien. Die Akteure des Zentrums agieren vor einem Publikum, die Akteure der Zivilgesellschaft sind aus dem Publikum hervorgegangen, so Habermas (1992: 453). Im Hinblick auf die Frage der Repräsentanz von Akteuren in der Öffentlichkeit gehen partizipatorisch-liberale und diskursive Modelle also von ähnlichen normativen Vorstellungen aus: Ideen einer guten Gesellschaft sollen von Akteuren entwickelt und öffentlich kommuniziert werden, die rückgekoppelt sind an die Interessen und Erfahrungen der Bürger. Dies sind vor allem die lebensweltlich verankerten Sprecher der Zivilgesellschaft.

Partizipatorisch-liberale und diskursive Modelle unterscheiden sich aber im Hinblick auf das „Wie“ der Kommunikation. Das Kriterium einer diskursiven, an Argumenten orientierten öffentlichen Auseinandersetzung bildet das Herzstück der Habermas'schen Öffentlichkeits-theorie. In einer autochthonen Öffentlichkeit – so Habermas – werden Themen und Positionen zu Themen mit *Argumenten* begründet, „also durch den geregelten Austausch von Informationen und Gründen zwischen Parteien, die Vorschläge einbringen und kritisch prüfen“ (Habermas 1992: 370). Neben der Angabe von Gründen bei der Formulierung von Aussagen ist eine *dialogische Orientierung*, das heißt die Bezugnahme auf die Argumente der anderen Akteure, ein zweites Kriterium autochthoner Kommunikation. Beide zusammen stellen die Rationalität einer Debatte sicher.

Ob aber in einer Öffentlichkeit mehr oder weniger diskursiv kommuniziert wird, hängt entscheidend von der Zusammensetzung der Sprecher ab. Insofern koppelt Habermas das „Wie“ der Kommunikation mit dem „Wer“ der Kommunikation. Er geht davon aus, dass sich gerade die zivilgesellschaftlichen Akteure im Unterschied zu den vermachteten Akteuren des Zentrums der Politik diskursiv verhalten. Insofern verbindet Habermas mit einer autochthonen Öffentlichkeit und einer Dominanz der Akteure der Zivilgesellschaft die Hypothese, dass sich die Diskussion auf einem höheren Rationalitätsniveau als in einer vermachteten Öffentlichkeit abspielen wird.

Das *Resultat* einer Diskussion einer vermachteten Öffentlichkeit besteht in einer administrativ erzeugten Macht, einer beschafften Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik. Das Resultat einer Diskussion einer autochthonen Öffentlichkeit besteht hingegen in einem diskursiv geprüften Konsens, zumindest in einer diskursiv abgeschliffenen Mehrheitsmei-

nung. Habermas geht zwar davon aus, dass bei Fragen, die in eine politische Entscheidung überführt werden müssen, am Ende ein Mehrheitsbeschluss genügt (Habermas 1992: 371). Diskursiv hergestellte Mehrheitsentscheide können aber, im Unterschied zu einer durch das Zentrum der Politik hergestellten Zustimmung, für sich den Anspruch reklamieren, legitimierte Entscheidungen zu sein.

Fazit: Eine gute Debatte im Sinn des diskursiven Modells umschließt die bürgernahen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, sie wird auf der Basis von Argumenten und im Dialog miteinander geführt. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass es zu Deliberationsprozessen kommt, die vielleicht nicht zu einem völligen Konsens, wohl aber zu einer Annäherung der Kommunikationspartner darüber führen können, welches die Merkmale einer guten Gesellschaft sind.

1.4 Konstruktivistisches Modell

Konstruktivistische Modelle von Öffentlichkeit stehen in der Traditionslinie der Foucaultschen Machtanalysen; sie sind entwickelt worden in und durch eine feministische Auseinandersetzung mit der Habermas'schen Diskurstheorie, vertreten von Nancy Fraser (1995; 1997), Sheyla Benhabib (1992; 1996), Jean L. Cohen (1995) und Iris Marjan Young (1996). Gemeinsam ist diesen Ansätzen die durchgehaltene kritische Perspektive: Jedes Diskurskriterium der anderen hier diskutierten Theorien wird daraufhin überprüft, ob es gegebene Machtunterschiede in einer Gesellschaft verstärkt bzw. verschleiert. Vermeintlich neutrale Kategorien der Kommunikation werden daraufhin geprüft, ob sie die Funktion haben, bestimmte Akteure, Sprachstile oder Inhalte aus der Kommunikation auszuschließen. So formuliert Nancy Fraser (1995) die Vermutung, dass die Kategorien von Privatheit und Öffentlichkeit, die z.B. Habermas als selbstverständlich gegeben unterstellt, keine neutralen sondern sozial konstruierte Kategorien sind und einen herrschaftssichernden Subtext enthalten, insofern sie mit einer Aufteilung der beiden Geschlechter auf die Sphären Öffentlichkeit und Privatheit verbunden sind. Was bedeutet diese ideologiekritische Grunddisposition im Hinblick auf das „Wer“, das „Wie“, das „Was“ den Verlauf der Kommunikation?

Konstruktivistische Öffentlichkeitsvorstellungen teilen mit partizipatorisch-liberalen Modellen die Vorstellung, dass Öffentlichkeit keine Veranstaltung von gewählten Eliten und Experten sein soll, son-

dern die Bürger, vor allem aber die von politischen Entscheidungen unmittelbar Betroffenen selbst bzw. bürgernahe Akteure in die öffentliche Debatte einbeziehen muss. Diese Forderung nach einer weiten *Inklusion der Bürger* in die Debatte ist verbunden mit spezifischen Vorstellungen über das „Was“ und „Wie“ der Kommunikation. Öffentliche Kommunikation soll an die lebenspraktischen Erfahrungen der Bürger im Hinblick auf die *Inhalte* und an die Sprache und Kommunikationsstile der von politischen Entscheidungen eigentlich Betroffenen anknüpfen. Entsprechend sind auch die Standards der diskursiven Theorie, Akteure in der Öffentlichkeit sollen Argumente verwenden und sich dialogisch verhalten, aus konstruktivistischer Perspektive ideologisch außerordentlich suspekter Kategorien (Young 1996). Sie begünstigen bestimmte Gruppen der Gesellschaft (z.B. weiße Mittelklassensprecher) und schließen andere (z.B. Unterschichten und ethnische Minderheiten) aus, da deren Sprache nicht den Regeln von diskursiven Oberseminaren folgt. Gegen die Vorstellung einer rationalen Argumentation setzen Konstruktivisten die Idee der *Erzählung*, mit der Betroffene an ihre Lebenserfahrung anknüpfen und diese in die öffentliche Debatte einbringen können (Young 1996; Sanders 1992). Nicht allein Argumente also, sondern aus Betroffenheitserfahrungen gespeiste Erzählungen sollen Eingang in die öffentliche Debatte finden und damit den jeweilig von einem Thema Betroffenen die Chance geben, sich zu artikulieren.

Im Hinblick auf den *Verlauf* und den Abschluss öffentlicher Debatten kritisieren konstruktivistische Ansätze einer Öffentlichkeitssoziologie ähnlich wie partizipatorisch-liberale Vorstellungen Kriterien, die einen Abschluss öffentlicher Debatte legitimieren. Hinter Konsens vermuten sie einen falschen Konsens. Argumentativ hergestellter Konsens ist ihnen suspekt, weil eine argumentationbestimmte Debatte Bevölkerungsgruppen ausschließen kann, die nicht argumentieren können. Mehrheitsbeschlüsse am Ende von Debatten und kommunikative Selbstbeschränkung, Kriterien, die im repräsentativen Modell vorgesehen sind, sind insofern problematisch wenn nicht sogar illegitim, weil sie Minderheiten unterdrücken. Daraus folgern konstruktivistische Ansätze einer Öffentlichkeitssoziologie, dass öffentliche Debatten immer offen bleiben müssen.

Fassen wir auch hier die zentralen Merkmale zusammen: Konstruktivistische Theorien sprechen sich gegen eine konstruierte Trennung von privater und öffentlicher Sphäre aus; die Beteiligung der

Bürger und bürgernahe Akteure, die die Interessen der Betroffenen repräsentieren, bildet den Garanten dafür, dass die Belange der Lebenswelt auch öffentlich diskutiert werden. Dies soll in einer Weise geschehen, die sich auf die Erfahrungen der Betroffenen stützt; deswegen haben Erzählungen einen mindestens ebenso legitimen Platz in der öffentlichen Arena wie Argumente und rationale Diskussionen. Wie auch immer legitimierte Schließungen von Debatten werden kritisch hinterfragt; Offenheit von Öffentlichkeit ist das normativ leitende Prinzip. Die gute Gesellschaft wird also durch den Einschluss von Betroffenen und deren Erfahrungen und Kommunikationsstile entworfen, und währt sich gegen die Disziplinierungen, die von Eliten und Experten und ihren vermeintlich universellen Diskursregeln formuliert werden.

2. Öffentlichkeit in den USA und in Deutschland: Einige empirische Unterschiede

Im Folgenden sollen die vier Öffentlichkeitsmodelle benutzt werden, um empirische Unterschiede zwischen der öffentlichen Kommunikation in der Bundesrepublik und den USA zu beschreiben. Wir haben eine systematische Inhaltsanalyse der medialen Berichterstattung in vier Tageszeitungen über das Abtreibungsthema in den Ländern Deutschland und USA über den Zeitraum 1970 bis 1994 durchgeführt (Ferree/Gamson/Gerhards/Rucht 2001). Im Hintergrund des Abtreibungsstreits steht ein Wertekonflikt, der auf moralischer Ebene als unlösbar, also als ein Wertedilemma erscheint. Wenn man einen Fötus als menschliches Lebewesen definiert, dann wird Abtreibung als ein nicht legitimierbarer Tötungsakt verstanden. Wenn man umgekehrt davon ausgeht, dass der Fötus ein integraler Teil der Schwangeren ist und damit ihrem Selbstbestimmungsrecht unterliegt, dann erscheint es als unstatthaft, ihr das Recht auf eigene Entscheidung über das Schicksal des Fötus zu nehmen. In beiden Fällen geht es um hochrangige, kulturell fest verankerte Werte, die miteinander kollidieren. Insofern scheint uns die Abtreibungsdebatte ein geeignetes Thema zu sein, um exemplarisch die öffentliche Diskussion über eine gute Gesellschaft zu analysieren.

Es ist hier nicht möglich, das methodisch recht komplizierte Vorgehen der Inhaltsanalyse und die komplexen Operationalisierungen des Projektes zu erläutern. Statt dessen sollen die wichtigsten Ergebnisse tabellarisch dargestellt und dann kommentiert werden. Die beiden Länder werden miteinander im Hinblick auf die drei erläuterten Kriterien verglichen.

Wie das Schaubild 2 zeigt, wird die öffentliche Debatte in Deutschland beherrscht von den Sprechern des Staates (Exekutive, Legislative, Gerichte) und den Parteien. 73% der Redebeiträge gehen auf diese Akteure zurück, während Interessengruppen, soziale Bewegungen und individuelle Sprecher mit nur 27% der Redebeiträge in der öffentlichen Arena repräsentiert sind. Umgekehrt ist die Situation in den USA: Mit fast 60% bilden die Akteure der Zivilgesellschaft die dominanten Sprecher der öffentlichen Arena; die Staatsakteure und Parteien spielen in der öffentlichen Debatte eine weit weniger wichtige Rolle als in Deutschland. Im Hinblick auf das „Wer“ der Kommunikation folgt die deutsche Öffentlichkeit also im hohen Maße dem repräsentativ-liberalen Modell, weil hier die Debatte von den gewählten Vertretern – in der Tendenz auch ungefähr im proportionalen Verhältnis zu den Wählerstimmen, die die Akteure erhalten haben – dominiert wird. Aber auch im Hinblick auf die anderen Kriterien erfüllt die bundesdeutsche Öffentlichkeit im hohen Maße die Gütekriterien des repräsentativ-liberalen Modells. Eine Pluralität von Deutungen, Meinungen und Positionen wird im Hinblick auf die Abtreibungsfrage formuliert und den Zuschauern angeboten; extreme Positionen (z.B. rassistische Argumentationen) bleiben aber ausgeschlossen. Die Kommunikation ist zudem weitgehend getragen von wechselseitigem Respekt der Kommunikationsteilnehmer. Nach den Beschlüssen des Bundestages und des Bundesverfassungsgerichts flacht die Diskussion deutlich ab: Die öffentliche Debatte wird weitgehend geschlossen, wenn die für Entscheidungen zuständigen Gremien Beschlüsse gefällt haben; die Öffentlichkeit hat sich danach anderen Themen zugewandt.

Während also die deutsche Öffentlichkeit entlang der Gütekriterien einer repräsentativ-liberalen Öffentlichkeit eher positiv bewertet würde, ist der Zustand der deutschen Öffentlichkeit aus der Perspektive der anderen Öffentlichkeitsvorstellungen beklagenswert. Habermas würde ihn als ein typisches Beispiel einer durch die Staatsakteure vermachteten Öffentlichkeit interpretieren, in der sich das Zentrum der Politik die eigenen Legitimationen beschafft.

Genau umgekehrt dürften die Einschätzungen der amerikanischen Öffentlichkeit ausfallen: Denn diese kommt dem Ideal einer partizipatorisch-liberalen und auch den Kriterien einer konstruktivistischen Öffentlichkeit wesentlich näher als die deutsche Öffentlichkeit. Die Akteure der Zivilgesellschaft, vor allem die bürgernahen sozialen Bewegungen und einzelne individuelle Sprecher, sind hinreichend als Sprecher in der Öffentlichkeit vertreten. Im Hinblick auf den Stil der Kommunikation ist das Spektrum größer als in der Bundesrepublik und umschließt auch Polemik und emotional geladene Sprache, die mobilisierend wirken kann. Wichtig für konstruktivistische Theorien ist zudem, dass die Erfahrungen der Betroffenen in der öffentlichen Debatte zu Wort kommen. Dies ist in den USA durch Erfahrungsberichte von Frauen, Medizinerinnen und Familienmitgliedern nun wesentlich häufiger der Fall als in Deutschland, wo die Diskussion abkoppelt von den konkreten Erfahrungen sich um abstrakte Werte einerseits und politische Regelungen andererseits dreht. Schließlich ist auch die Tatsache, dass nach den gesetzlichen Regelungen, die durch den Supreme Court bzw. von den verschiedenen Parlamenten der Einzelstaaten erlassen wurden, es kein Ende der Debatte gab, sondern von den jeweiligen Verlierern weiter um eine neue Regelung gestritten wurde, für partizipatorisch-liberale Theorien wie auch für konstruktivistische Theorien von Öffentlichkeit eher ein gutes Anzeichen. Es zeigt, dass sich die Bürger und die kollektiven Akteure nicht den Beschlüssen des Staates unterwerfen, sondern weiterhin für ihre Sache streiten. Insgesamt also entspricht die amerikanische Öffentlichkeit eher den Kriterien einer partizipatorisch-liberalen und auch einer konstruktivistischen Vorstellung von Öffentlichkeit, während die deutsche Debatte eher der Vorstellung einer repräsentativen Öffentlichkeit folgt.

Schaubild 2: Öffentliche Debatten über Abtreibung: USA und Deutschland im Vergleich

	Deutschland	USA
Wer	Anteil Akteure des Staates und Parteien: 73%	Anteil Akteure des Staates und Parteien: 39,9%
	Anteil Akteure der Zivilgesellschaft: 27% – darunter 1,9% soziale Bewegungen – darunter 8,3% individuelle Sprecher	Anteil Akteure der Zivilgesellschaft: 59,9% – darunter 23 % soziale Bewegungen – darunter 17,7 % individuelle Sprecher
Was und Wie	Pluralität von Inhalten: hoch,	Pluralität von Inhalten: hoch,
	Extreme Positionen und Polemik: ausgeschlossen	Extreme Positionen und Polemik: stärker eingeschlossen
	Wechselseitiger Respekt: hoch	Wechselseitiger Respekt: hoch
	Dialoganteil: gering	Dialoganteil: gering
	Häufigkeit von Erzählungen: sehr gering	Häufigkeit von Erzählungen: mittel
Verlauf und Ergebnis	Schließung der Debatte: Ja, nach den jeweiligen	Schließung der Debatte: Nein, Kontinuität der Debatte,
	Beschlüssen des Bundestages und des BVerfG, aber ohne Konsensannäherung	aber ohne Konsensannäherung

Weder die amerikanische, aber noch weniger die deutsche Öffentlichkeit werden den Kriterien einer diskursiven Öffentlichkeit gerecht. Zwar schneidet die amerikanische Öffentlichkeit im Hinblick auf ihre hohe Repräsentanz von zivilgesellschaftlichen Akteuren besser ab als die deutsche Öffentlichkeit; dies hat aber weder einen Einfluss auf das Diskursverhalten noch auf den Verlauf der Debatte (vgl. Gerhards 1996). Die dialogische Orientierung ist in beiden Ländern gleich gering, wenn auch unterschiedlich, je nach benutzter Operationalisierung (vgl. Feree/Gamson/Gerhards/Rucht 2001). Die Akzeptanz der Mehrheitsentscheidung in Deutschland ist nicht durch eine argumentative Annäherung der Parteien vorbereitet gewesen; umgekehrt bedeutet die Kontinuität der Debatte in den USA in keiner Weise, dass sich die Konfliktpartner einander angenähert hätten. Sie reden dauerhaft, seit nun fast dreißig Jahren aneinander vorbei und treten auf der Stelle.

3. Bilanz

Auf der Suche nach den verloren gegangenen soziologischen Theorien der guten Gesellschaft hatte ich mich in das Terrain der öffentlichkeits- und demokratietheoretischen Debatten begeben. Auch die dort diskutierten Theorien sind zurückhaltend in einer inhaltlich-substantziellen Bestimmung dessen, was eine gute Gesellschaft sein soll. Die Frage nach einer guten Gesellschaft wird ersetzt durch die Angabe von Verfahrenskriterien, die eingehalten werden sollen, damit eine Gesellschaft ein Bild einer guten Gesellschaft in der Öffentlichkeit entwerfen kann. Die vier vorgestellten normativen Öffentlichkeitstheorien geben nun unterschiedliche Verfahrenskriterien an und legitimieren diese als ‚gute‘ Kriterien. Aus den unterschiedlichen Verfahrenskriterien lassen sich aber keine Rückschlüsse auf die inhaltliche Gestaltung einer guten Gesellschaft ableiten. Dies gilt allgemein für Vorstellungen einer guten Gesellschaft, wie sie zu Beginn mit Bezug auf normative Debatten der letzten Jahre illustriert wurden, dies gilt aber auch für das konkrete, von uns untersuchte ‚issue‘ der Abtreibungsfrage: Man kann aus den Theorien selbst nicht herauslesen, ob eine restriktive oder eine liberale Abtreibungsregelung für die jeweilige Theorie eine gute Lösung darstellen würde, auch wenn man wahrscheinlich relativ treffsichere

Vermutungen über die Präferenzen der Autoren der Theorien anstellen kann. So wäre z.B. auch eine sehr restriktive Abtreibungsregelung in den Augen des diskursiven Modells eine legitime Lösung, wenn sie unter Beteiligung der Akteure der Zivilgesellschaft mit Argumenten und konsensuell ausgehandelt worden wäre. Insofern bleiben alle hier verhandelten Theorien Verfahrenstheorien, die im Hinblick auf die Zentralfrage des Kongresses nach einer guten Gesellschaft inhaltlich unbestimmt sind. Diese normative Abstinenz kann man aber auch als Indikator für den Reifegrad einer Wissenschaft interpretieren.

Dass sich die USA und Deutschland im Hinblick auf die Realisierung verschiedener Öffentlichkeitsvorstellungen voneinander unterscheiden, dies haben die empirischen Analysen gezeigt. Die amerikanische Öffentlichkeit folgt eher den Kriterien einer partizipatorisch-liberalen und auch einer konstruktivistischen Vorstellung von Öffentlichkeit, während die deutsche Debatte eher der Vorstellung einer repräsentativen Öffentlichkeit nahe kommt.

Anmerkungen

- 1 Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf ein Projekt und ein daraus entstandenes Buchmanuskript, das zusammen mit Myra Marx Ferree, William Gamson und Dieter Rucht durchgeführt bzw. geschrieben wurde. Die verschiedenen Öffentlichkeitstheorien, vor allem aber die empirischen Ergebnisse des Ländervergleichs werden dort ausführlich dargestellt (vgl. Ferree/Gamson/Gerhards/Rucht 2001). Die ersten Überlegungen zu einem Vergleich verschiedener Öffentlichkeitstheorien wurden in Gerhards (1997) und in Gerhards/Neidhardt/Rucht (1998) publiziert. Der Vortragsstil wurde für die Druckfassung des Beitrags beibehalten; Dieter Rucht hat eine Erstfassung des Textes dankenswerterweise kommentiert.
- 2 Eine andere Einteilung von Öffentlichkeits- und Demokratietheorien hat jüngst Andreas Beierwaltes (2000) vorgeschlagen.

Literatur

Ackerman, Bruce (1980), *Social Justice in the Liberal State*. New Haven.

- Ackerman, Bruce (1989), *Why Dialogue?*, in: *Journal of Philosophy* 86: S. 5-22.
- Bachrach, Peter (1967), *The Theory of Democratic Elitism: A Critique*. Boston.
- Barber, Benjamin (1984), *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley.
- Barber, Benjamin (1995), *Participatory Democracy*, in: Seymour Martin Lipset (Hrsg.): *The Encyclopedia of Democracy*. London: S. 921-924.
- Barber, Benjamin (1996), *Making Democracy Strong: A Conversation with Benjamin Barber*, in: *Civic Arts Review* 9: S. 4-14.
- Beierwaltes, Andreas (2000), *Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa*. Baden-Baden.
- Benhabib, Seyla (1992), *Models of Public Space*, in: Craig Calhoun (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge: S. 73-98.
- Benhabib, Seyla (Hrsg.) (1996), *Democracy and Difference*. Princeton.
- Cohen, Jean L. (1995), *Critical Social Theory and Feminist Critiques*, in: Johanna Meehan (Hrsg.): *Feminists Read Habermas*. New York und London: S. 57-90.
- Cohen, Joshua (1989), *Deliberation and Democratic Legitimacy*, in: Alan Hamlin/ Philip Pettit (Hrsg.): *The Good Polity*. Cambridge: S. 17-34.
- Downs, Anthony (1957), *An Economic Theory of Democracy*. New York.
- Ferree, Myra/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter (2001), *Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States. Shaping Abortion Discourse*. Cambridge.
- Fraser, Nancy (1995), *What's Critical about Critical Theory*, in: Johanna Meehan (Hrsg.): *Feminists Read Habermas*. New York und London: S. 21-55.
- Fraser, Nancy (1997), *Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*, in: *Justice Interruptus*. New York: S. 69-98.
- Gerhards, Jürgen (1997), *Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: S. 1-34.
- Gould, Carol C. (1996), *Diversity and Democracy: Representing Differences*, in: Seyla Benhabib (Hrsg.): *Democracy and Difference*. Princeton: S. 171-86.
- Gutmann, Amy/Thompson, Dennis (1996), *Democracy and Disagreement*. Cambridge.
- Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1992a), *Concluding Remarks*, in: Craig Calhoun (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge und London: S. 462-79.

- Habermas, Jürgen (1996), Drei normative Theorien der Demokratie, in: Jürgen Habermas: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: S. 277-292.
- Hirst, Paul (1994), Associative Democracy: New Forms of Economic and Social Government. Cambridge.
- Kuklinski, James H./Riggle, Ellen/Ottati, Victor (1991), The Cognitive and Affective Bases of Political Tolerance Judgments, in: American Journal of Political Science 35: S. 1-27.
- Mansbridge, Jane (1996), Using Power/Fighting Power, in: Seyla Benhabib (Hrsg.): Democracy and Difference. Princeton: S. 46-66.
- Meehan, Johanna (Hrsg.) (1995), Feminists Read Habermas. New York und London.
- Mill, John Stuart, (1958/orig.1861), Considerations on Representative Government. New York.
- Mills, C. Wright (1956), The Power Elite. New York.
- Mouffe, Chantal (1996), Democracy, Power, and the ‚Political‘, in: Seyla Benhabib (Hrsg.): Democracy and Difference. Princeton: S. 245-56.
- Peters, Bernhard (1994), Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: S. 42-76.
- Rousseau, Jean-Jacques (1977/orig. 1762), Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Neu übersetzt und herausgegeben von Hand Brockhard. Stuttgart.
- Ryan, Mary P. (1992), Gender and Public Access: Women's Politics in Nineteenth Century America, in: Craig Calhoun (Hrsg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: S. 259-88.
- Rucht, Dieter (1999), Linking Organization and Mobilization. Michels's Iron Law Oligarchy Reconsidered., in: Mobilization 4: S. 151-69.
- Schmidt, Michael (1998), Soziale Ordnung und kultureller Konsens, in: Michael Schmidt: Soziales Handeln und strukturelle Selektion. Beiträge zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: S. 189-214.
- Schumpeter, Joseph A. (1942), Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie: Bern.
- Young, Iris Marian (1996), Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy, in: Seyla Benhabib (Hrsg.): Democracy and Difference. Princeton: S. 120-135.

Die Artisten in der Zirkuskuppel, ratlos? Sozialwissenschaftliche Projektionen der guten Gesellschaft

Hans-Peter Müller

1. Einleitung: Soziologie und „gute“ Gesellschaft

Wie der Titel meines Beitrages nahe legt, scheinen der Soziologie am Beginn des 21. Jahrhunderts jegliche Vorstellungen einer „guten“ Gesellschaft abhanden gekommen zu sein. Keine Utopie, nirgends. Also könnte man sich gleich wieder dem soziologischen Alltagsgeschäft zuwenden und bescheiden, aber unverdrossen das tun, was wir immer tun: methodisch sorgfältig und empirisch genau die Facetten unserer komplexen Gesellschaften untersuchen, deren Mitglieder wir sind. Aber worüber sich nur noch schwer etwas sagen lässt, wird besonders gern und viel geredet. Um in diesen Diskurs über sozialwissenschaftliche Konstruktionen der guten Gesellschaft einige systematische Korsettstangen einzuziehen, empfiehlt es sich wissenschaftlich zu fragen, woher diese Ratlosigkeit stammt und warum sie uns so beunruhigt, dass wir ihr im Jahre 2000, dem anno santo, einen ganzen Kongress widmen. Die Soziologie und die gute Gesellschaft – sind das nicht zwei ewig raufende Geschwister oder gleichen sie eher siamesischen Zwillingen?

Die Gründe, warum zwischen Soziologie und Konstruktionen der guten Gesellschaft schon seit geraumer Zeit Funkstille herrscht, sind rasch aufgeführt: In *konstitutiver* Hinsicht herrscht Kontingenzbewusstsein, seit wir in Poppers offener Gesellschaft mit ihrer endemischen Richtungslosigkeit angekommen sind. In *kognitiver* Hinsicht hat eine gehörige Portion Gestaltungs- und Steuerungskepsis Einzug gehalten, spätestens seit sich postsozialistische Transformationsgesellschaften auf den steinigem Pfad der Modernisierung begeben haben und die sozialistischen Altlasten fehlgeschlagener Planungsversuche abge-